

Änderungsantrag Grüne/FW		Drucksachen-Nr : IX-AF/2019/027
Kreisausschuss	nicht öffentlich	19.12.2019
Kreistag	öffentlich	19.12.2019

Tagesordnungspunkt

Fraktionsübergreifende Strategie: Klimanotstand im Landkreis Aurich ausrufen/abwenden

Präambel:

Der Landkreis Aurich als Küstenlandkreis nimmt die drohenden Folgen des Klimawandels sehr ernst und unterstützt die Klimaschutzziele der Bundesregierung und der Europäischen Union. Hierzu ist ein Klimaschutzkonzept aufzustellen und erste „ad hoc“ Maßnahmen sind zu identifizieren und umzusetzen. Es gilt den Klimanotstand¹ auszurufen um ihn abzuwenden.

Beschlussvorschlag:

„Bei allen Entscheidungen berücksichtigt der Kreistag die Auswirkungen auf das Klima. Der Aspekt des Klimaschutzes ist von der Verwaltung als eine Querschnittsaufgabe wahrzunehmen. Entsprechende Strukturen sind in der Verwaltung zu schaffen.“

Die Verwaltung wird beauftragt ein umfassendes Klimaschutzkonzept mit den nachstehend aufgeführten Maßnahmen unverzüglich aber spätestens bis zum 31.10.2021 zu erarbeiten, Partizipationsstrukturen aufzubauen und erste Maßnahmen

¹ Der Begriff Klimanotstand ist dabei symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

in die Planung aufzunehmen. Zudem ist dem Kreistag eine Abschätzung des zu erwartenden Personalbedarfes sowie eine Prüfung bestehender Fördermöglichkeiten im Bereich des Klimaschutzes hinsichtlich des potenziellen Fördervolumens und des resultierenden Mehraufwandes im Rahmen der Förderprojektumsetzung vorzulegen.

Parallel zur Erstellung eines realistischen und auf die Erreichung tatsächlicher CO₂Einsparpotentiale abgestellten Klimaschutzkonzeptes wird die Verwaltung beauftragt, erste „ad-hoc“-Maßnahmen bis zum 30.05.2020 zu identifizieren. Diese sind – auch unter Inanspruchnahme möglicher Förderungen – zeitnah als Einzelmaßnahmen umzusetzen

Bei zukünftige Entscheidungen sollen die Auswirkungen auf das Klima bewertet und in der entsprechenden Form in den Beschlussvorlagen dokumentiert werden.

Die nachstehend aufgeführten Maßnahmen sind in die mittelfristige Finanzplanung einzupreisen.

Begründung:

Mittlerweile gilt es als gesichert, dass der Mensch die Erderwärmung durch die Emission von Treibhausgasen beschleunigt. In einer aktuellen Erklärung, veröffentlicht im Fachjournal „BioScience“, fordern mehr als 11.000 Wissenschaftler*innen aus 153 Ländern ein grundlegendes Umsteuern in der Klimapolitik. Es gelte einen Klimanotstand abzuwenden. Unabhängig davon steigt der CO₂-Ausstoß global weiter an, ebenso wie der Meeresspiegel. Extremwetterereignisse wie Stürme, Dürre oder Starkregen nehmen zu. Im Pariser Klimaschutzabkommen haben sich fast alle Staaten zu dem Ziel bekannt, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 C° über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Ein weiter so lässt befürchten, dass der globale Temperaturanstieg auf 3 C° ansteigen könnte. Die Folgen für die Menschheit wären katastrophal. Keine Region dieser Erde würde davon verschont bleiben.

Die Klimaschutzziele der Bundesregierung und EU werden ausdrücklich geteilt - unabhängig davon sieht der Landkreis Aurich aber auch die Verpflichtung der Bundesregierung, Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, einer solchen überdimensionalen Herausforderung begegnen zu können. Zudem muss auch zukünftig der Ausbau der erneuerbaren Energien durch den Bund priorisiert und entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ohne entscheidende Weichenstellungen im Energiesektor kann es keinen effektiven Klimaschutz geben.

Selbstverständlich stellt sich der Landkreis Aurich seiner Verantwortung und leistet mit vielfältigen Maßnahmen in allen seinen Handlungsfeldern einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz, zur Ressourcenschonung sowie zu langfristiger Versorgungssicherheit und einer nachhaltigen Entwicklung im gesamten Kreisgebiet. Beispielhaft sind hier zu nennen die energetische Sanierung von kreiseigenen Immobilien, das Energieeffizienznetzwerk und der Ausschluss des weiteren industriellen Torfabbaus im Regionalen Raumordnungsprogramm.

Um den Klimaschutz noch effektiver vorantreiben zu können, soll auf der Basis der bisherigen Schritte ein Klimaschutzpaket entwickelt werden. Dazu setzt der Landkreis Aurich auf eine Kooperation mit allen Beteiligten und relevanten Akteur*innen im



Kreisgebiet. Alle potenziellen Handlungsoptionen sollen erfasst und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, im Sinne von ökonomischer Machbarkeit, Sozialverträglichkeit und Naturschutzvereinbarkeit, sowie des CO₂Minderungspotenzials bewertet und in einem Gesamtkonzept eingebunden werden.

Die Konkretisierung einzelner Maßnahmen bis zu Umsetzungsreife erfolgt in einem weiteren Schritt, auch um gegebenenfalls Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen zu können. Weiterhin soll eine mit den Mitgliedskommunen abgestimmte Klimaschutzstrategie in einer partnerschaftlichen Kooperation bedarfsgerecht entwickelt werden. Dieses Vorgehen ermöglicht im gesamten Kreisgebiet die Nutzung von Synergien und eine breite Einbindung der Bevölkerung.

Wohl wissend, dass Klimaschutz im Allgemeinen eine große Zustimmung erfährt, im Konkreten aber auf viele Hindernisse stößt, seien es Finanzierungsfragen oder Verhaltensänderungen im Alltag, wird sich der Landkreis Aurich dennoch mit ganzer Kraft für eine Verlangsamung des Klimawandels einsetzen. In diesem Zusammenhang stehen für den Landkreis die klimapolitischen Ziele des Pariser Abkommens, Reduzierung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 % bis 2030, im Vordergrund.

Gerade deshalb gilt es, bestehende Hürden anzugehen und gemeinsam zu überwinden. Als zentrale Handlungsfelder für das zu erstellende Klimaschutzkonzept wären zu nennen:

1. Allgemeine Ansätze

- Sensibilisierungsmaßnahmen
- Intensivierung der Umweltbildung
- Kommunikations- und Akzeptanzstrategie

2. Mobilität – klimaschonende Verkehrsentwicklung

- Stärkung des ÖPNVs in Richtung eines flächendeckenden angebotsorientierten ÖPNV
- Vernetzung von Nah-Regional- und Fernverkehr
- Verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen
- Überarbeitung des Nahverkehrsplans
- Radverkehr in Richtung eines modernen und sanierten Radwegenetzes, um den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtaufkommen zu steigern
- Forcierung des Radschnellwegebaus
- Sichere Abstellplätze im Kreisgebiet an Bahn- und Bushaltestellen
- E-Mobilität fördern in Richtung vermehrter Ladesäulen für PKW, LKW und Fahrräder
Einsatz alternativer Technologien - z.B. Brennstoffzellentechnologie
- Schrittweiser Umbau des Kreis eigenen Wagenparks durch Energie- und Ressourcen schonende Kfz
-

3. Naturschutz / Artenschutz

- Aufwertung kreiseigener Flächen zur Förderung der Biodiversität
- Förderung der Pflege und Neuanlage von Obstwiesen
- Förderung der Neuansaat bzw. Neuanlage von Blühstreifen
- Artenschonende Unterhaltung von Gewässern und Strassenrandstreifen mit weitgehendem Verzicht aufs Schlegeln
- Schutz und Wiederherstellung von Wallhecken unter Arten- und Klimaschutzgesichtspunkten
- Intensivierung der Umweltbildung

4. Abfallwirtschaft

- Aufstellung eines Konzeptes zur Vermeidung von Plastikmüll bei öffentlichen Veranstaltungen auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden
- Ausloten von Möglichkeiten, den Methanausstoß bei der Kompostierung in der Rotte zu reduzieren
- Kein Biogas mehr abzufackeln sondern der Energiegewinnung zuzuführen
- Intensivierung der Umweltbildung

5. Kommunales Gebäudemanagement

- Energetische Sanierung von Bestandsgebäuden
- Elektrotechnische Sanierungsmaßnahmen mit Umstieg auf LED-Technik etc.
- Ausstattung mit Fotovoltaik und Solarthermie und weiterer regenerativer Energieformen
- Optimierung von Heizungsanlagen
- Begrünung von kreiseigenen Schulen und Schulhöfen und im Dialog mit den gemeindlichen Schulträgern

6. Regionale Wertschöpfungskette

- Förderung der Verwendung frischer und regionaler Lebensmittel in kreiseigenen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern

7. Zukunftsweisende Energieversorgung

- Stärkung des Landkreises Aurich als „100-% Erneuerbare-EnergienRegion“

8. Energieeffizienz in der Wirtschaft

- Hinwirken auf flächen- und energiesparendes Bauen und Produzieren im gewerblichen Bereich z.B. in Zusammenarbeit mit der IHK.



Diese Schwerpunkte und die vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen der verschiedenen Fraktionen bilden das Grundgerüst einer integrierten Klimaschutzstrategie und bedürfen einer Prüfung und weiteren Differenzierung und Konkretisierung in einem partizipativen Prozess mit den Akteuren vor Ort. Parallel dazu wird eine flankierende Umsetzungsstrategie zum Erreichen der Klimaschutzziele entwickelt. Dabei stehen Effizienz der Maßnahmen, ein nachhaltiges Konsumverhalten von Nutzer*innen und der Ausbau von regionalen Stoffkreisläufen im Vordergrund.

Begründung des Klimanotstandes :

Die Verwendung des Begriffs Klima-Notstand und das Ausrufen im Landkreis bedeutet, dass wir uns dem weltweiten Bemühen, den Klimawandel einzudämmen verpflichtet fühlen und bereit sind, unseren Teil dazu beizutragen und das Thema in die Kommunalpolitik als selbstverständlichen Bestandteil zu integrieren und ernst zu nehmen.

Der Landkreis Aurich hat in einigen Bereichen des Natur- und Wasserschutzes bereits verschiedene Initiativen ergriffen und Anstrengungen unternommen, die ökologische Situation zu verbessern. Das erkennen wir ausdrücklich an. Mit dem Ausrufen des Klimanotstandes wollen wir zum einen erreichen, dass der Zeitaspekt stärker in den Fokus gerückt werden muss und alle Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt der Klimaveränderung und des Artensterbens unter diesem Dach zusammengeführt und damit nachvollziehbar gemacht wird.

Der Klimawandel ist gerade für die ostfriesische Region von besonderer Bedeutung. Der fünfte Klimabericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen ([IPCC](#)) von 2013 stellt fest, dass der globale mittlere Meeresspiegel im Zeitraum von 1901 bis 2010 um etwa 19 cm angestiegen ist. Vor Norderney ist der Pegel in den letzten 100 Jahren um 23 cm angestiegen. Die Deichsicherheit ist langfristig noch mehr zu gewährleisten, zumal extreme Wetterereignisse die Situation noch verschärfen. Neben dem Verlust des wertvollen Ökosystems Wattenmeer müssen das Land und die Inseln zukünftig mit immer größerem technischem und finanziellem Aufwand geschützt werden.

Aurich, 16.12.2019